

# Kramp-Karrenbauer und der autoritäre Konservatismus

---

Julian Scholtes

2019-05-29T13:08:32

Annegret Kramp-Karrenbauers öffentliche Kontemplation über mögliche Einschränkungen von „Meinungsmache“ im digitalen öffentlichen Raum sind eine Offenbarung. Selbst wenn sie es gar nicht so gemeint haben wollte, erlaubte ihre Aussage einen Blick in die fragile, verunsicherte Seele des Konservatismus und möglicherweise sogar einen Ausblick auf das, was vom deutschen Konservatismus bald zu erwarten ist.

Fangen wir von vorne an: Kurz vor der Europawahl veröffentlichte der Youtuber Rezo ein circa einstündiges [Video](#), in dem er die Politik der Unionsparteien (und auch der SPD) auseinandernimmt. Vor allem wirft Rezo der großen Koalition ein Versagen in der Klimapolitik vor. Ein paar Tage später folgt ein [Aufruf](#) von Rezo und 90 anderen deutschen Youtubern, bei der Europawahl weder den Unionsparteien noch der SPD die Stimme zu geben.

Die Reaktionen aus der Union reichten von [spöttisch](#) („sind wir eigentlich auch noch verantwortlich für die sieben Plagen, die es damals in Ägypten gab“) bis [beleidigt](#) („Das ist faktisch Meinungsdictatur“) – nur die wenigsten antworteten ernsthaft auf Rezos Vorwürfe.

Bei der Europawahl vergangenen Sonntag erreichten die Unionsparteien mit 28,9% ihr schlechtestes bundesweites Ergebnis aller Zeiten – bewahrt vor einem noch schlechteren Ergebnis wohl nur durch die CSU, die in Bayern 40 Prozent holte. In der Pressekonferenz am darauffolgenden Montag beschwerte sich Kramp-Karrenbauer öffentlich über Rezos „Meinungsmache“ mit folgenden bemerkenswerten Worten:

„[...] was wäre eigentlich in diesem Land los, wenn eine Reihe von 70 Zeitungsredaktionen zwei Tage vor der Wahl erklärt hätten [...] wählt bitte nicht CDU und SPD. Das wäre klare Meinungsmache vor der Wahl gewesen [...] Und die Frage stellt sich schon mit Blick auf das Thema Meinungsmache: Was sind eigentlich die Regeln aus dem analogen Bereich, und welche Regeln gelten eigentlich für den digitalen Bereich. [...] Das ist eine sehr grundlegende Frage, über die wir uns unterhalten werden, und zwar nicht nur wir in der CDU [...] in der gesamten medienpolitischen und auch demokratietheoretischen Diskussion der nächsten Zeit wird das eine Rolle spielen. Und deswegen werden wir diese Diskussion auch sehr offensiv angehen.“

Ein sehr wohlwollender Leser könnte Kramp-Karrenbauers Bemerkungen womöglich als harmlose Reflektion über die Konsequenzen einer sich ändernden Medienwelt verstehen. Ja, die Demokratisierung der Medienlandschaft durch Internet und

soziale Medien bringt grundlegende Veränderungen, welcher sowohl die politischen Parteien als auch Demokratie- und Medientheoretiker Aufmerksamkeit widmen sollten. Aber darum ging es Kramp-Karrenbauer nicht – es ging ihr darum „Regeln“ gegen „klare Meinungsmache“ im „digitalen Bereich“ anzuregen. Es ist nicht offensichtlich, was anderes sie damit gemeint haben will als die Einschränkung der Meinungsfreiheit im Internet.

Ein Jurist wundert sich: Wo genau der Tatbestand der „klaren Meinungsmache“ in der Regulierung der analogen Medien zu finden ist, ist unklar. Kramp-Karrenbauer kann wohl kaum meinen, den Auftrag zur „Objektivität und Unparteilichkeit der Berichterstattung“, der den öffentlich-rechtlichen Medien obliegt (§ 11 Abs. 3 Rundfunkstaatsvertrag), auch auf private Akteure auszuweiten. Nicht, dass ein solches Vorhaben ohnegleichen wäre: Das ungarische Mediengesetz von 2010, Viktor Orbáns erster Coup gegen die offene Gesellschaft in Ungarn, erlaubte es der ungarischen Medienaufsicht, allen Medien, auch solchen in privater Hand bis hin zu Internetforen und Weblogs, bis zu 90.000 Euro Strafgeld zu verhängen, wenn sie nicht ‚ausgewogen‘ [berichteten](#).

Am selben Abend [relativierte](#) Kramp-Karrenbauer ihre Aussagen, bloß um gleich danach noch einen draufzulegen. Sie ließ verlauten, es sei „absurd“, ihr „zu unterstellen, Meinungsäußerungen regulieren zu wollen“. Gleichzeitig lässt sie verlauten, Rezo habe „zur Zerstörung demokratischer Parteien der Mitte“ aufgerufen, und dies sei nun eine Frage der politischen Kultur, schließlich seien es „gerade die Parteien der Mitte, die demokratische Werte jeden Tag verteidigen.“ Aus Rezo, dem Kritiker der CDU-Klimapolitik, wird plötzlich Rezo, der Feind der demokratischen Mitte.

Wieso ist die einzige Antwort, die die Parteichefin der CDU auf die Wahlniederlage finden kann, eine autoritäre Geste in Richtung der sozialen Medien?

Kramp-Karrenbauers Äußerungen erinnern eher an Trumps [Forderung](#), die Verleumdungsgesetze in den USA zu „öffnen“, denn an eine moderate Merkel-Nachfolgerin. Ein Ausrutscher scheint die Äußerung jedoch nicht zu sein: Am selben Tage [forderte](#) der digitalpolitische Sprecher der Unionsfraktion eine stärkere „Regulierung“ der ungehinderten Verbreitung von „fake news“ und [setzte](#) gar AKKs Kommentare zum Fall Rezo in den Kontext russischer Desinformationskampagnen.

Mehr als ein unverhoffter Einzelfall, könnte man Kramp-Karrenbauers Äußerungen gar als den Beginn einer autoritären Reaktion auf die Strukturkrise des Konservatismus betrachten. Die Verknüpfung von Konservatismus mit Autoritarismus und Illiberalismus zeigt sich schon länger in anderen Teilen der Welt, etwa in den USA oder auch Ungarn. Ein kürzlich erschienener [Artikel](#) im *Guardian* beschreibt konservative Parteien in den USA und Großbritannien als „Zombie-Parteien“, die angesichts einer immer weiter schrumpfenden Basis zu immer verzweifelteren Maßnahmen greifen, um sich über Wasser (und an der Macht) zu halten. Für die Republikaner in den Vereinigten Staaten ist die Demographie eine tickende Zeitbombe. Deren Reaktion war allerdings nicht eine grundlegende Reform und Modernisierung, sondern die Hinwendung zu einem ‚[postmodernen Konservatismus](#)‘: In einer kompletten programmatischen Metamorphose gab man bisherige politische Positionen auf, um Donald Trump in den Schoß zu fallen, und

suchte Ausflucht in einem milden Autoritarismus, der Wahlsysteme manipuliert, Verfassungskonventionen aushöhlt und Andersdenkende ausgrenzt.

Läutet das Vakuum, das der Rückzug Merkels geschaffen hat, nun auch den Einzug eines autoritärer anmutenden Konservatismus in Deutschland ein? Dass momentan vielerorts mehr Wähler in Deutschland ihr Kreuz bei den Grünen denn bei der Union machen und insbesondere junge Menschen in Deutschland sich *en masse* von der Union [abwenden](#), zeugt von einer drohenden strukturellen Krise des deutschen Konservatismus nach Merkel.

Kramp-Karrenbauers Äußerungen – ob sie nun tatsächlich so gemeint waren oder auch nicht – öffnen ein Fenster zu dem, was aus der CDU nach Merkel werden könnte: Eine Partei des verbissenen Konservatismus, die Demokratie und Meinungsfreiheit toleriert, solange sie ausreichend in ihnen verwurzelt ist. Verliert der Konservatismus seinen Anker in der Gesellschaft, so droht sein Bewahrungsdrang nicht nur selbstreferentiell (Konservatismus bewahrt Konservative), sondern autoritär und illiberal zu werden.

*Eine frühere Version enthielt eine missverständliche Formulierung zum Verhältnis von Grünen- zu Unionswählern, die korrigiert wurde.*

